



Grundsatzprogramm der CDU bietet verlässliche Grundlage für Vertriebene und Spätaussiedler

Jochen-Konrad Fromme zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands

Der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands enthält in verschiedenen Kapiteln gute und perspektivreiche Aussagen zu den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und auch für die deutschen Minderheiten im Ausland. Mit dem Beschluss des Bundesparteitages Ende des Jahres über das Grundsatzprogramm schafft die CDU eine gute Grundlage, dass die Union auch künftig die zuverlässige Kraft an der Seite dieser wichtigen Schicksalsgruppen unseres Volkes ist.

Es werden im Unterkapitel „Kultur“ die kulturellen Errungenschaften der Heimatvertriebenen und deutschen Spätaussiedler als Bestandteil unserer gesamtdeutschen Kultur gewürdigt.

Im Unterkapitel „Integrationsland Deutschland“ erfolgt ein deutliches Bekenntnis zur Aufnahme deutscher Spätaussiedler aus historischer Verantwortung und es wird der seit vielen Jahren erfolgreiche Politikansatz der

Union in diesem Aufgabenfeld auch für die Zukunft als grundlegend festgeschrieben; an der Aufnahme deutscher Spätaussiedler einerseits festzuhalten und andererseits die Lebensgrundlagen der in ihren Herkunftsgebieten als deutsche Minderheit lebende Menschen zu verbessern.

Das Unterkapitel „Deutschlands Chancen in Europa“ enthält ein deutli-

ches Bekenntnis zu einem internationalen und europäischen Volksgruppen- und Minderheitenrecht. Deutlich unterstrichen wird ein Bekenntnis zum Recht auf die Heimat. Dies auch verbunden mit dem Recht, die eigene Sprache und Kultur zu pflegen. Im gleichen Kapitel wird die wichtige Rolle der Heimatvertriebenen und Volksgruppen in ihrer Brückenfunktion zwischen den Nationen hervorge-



Jochen-Konrad Fromme

hoben. Das Grundsatzprogramm enthält ferner ein deutliches Bekenntnis, Vertreibungen jeder Art international zu ächten. Das neue Grundsatzprogramm der CDU stellt in seiner Entwurfsfassung eine gute Grundlage für eine zukunftsweisende und substanzielle Politik zugunsten der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten für die Zukunft dar. Die CDU erweist sich damit einmal mehr als zuverlässiger Partner an der Seite dieser wichtigen Schicksalsgruppen.

INHALT

SEITE 3
VORWÄRTSSTRATEGIE DER UNION FÜR SPÄTAUSSIEDLER

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
DEUTSCHE MINDERHEIT IN RUMÄNIEN HAT BRÜCKENFUNKTION ZWISCHEN BEIDEN LÄNDERN

Dr. Christoph Bergner

SEITE 5
DIE OPFERPENSION KOMMT- UNION ERREICHT DEUTLICHE VERBESSERUNGEN FÜR POLITISCHE HÄFTLINGE

Arnold Vaatz, Jochen-Konrad Fromme, Andrea Voßhoff

SEITE 7
KULTURELLE BREITENARBEIT IST GRUNDVORAUSSETZUNG FÜR LEBENDIGE KULTURARBEIT

IAV

Gespräche in Warschau immer die Aufgaben Polens als Titularnation für die deutsche Minderheit

Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner besuchte die deutsche Minderheit in Oberschlesien

Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, besuchte die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu politischen Gesprächen.

Dort führte er zunächst in Schlesien Gespräche mit den gewählten Vertretern der deutschen Minderheit in Polen, die von den beiden Sejm-Abgeordneten, Herrn Heinrich Kroll und Herrn Richard Galla, angeführt wurden, sowie mit dem dortigen Marschall und Woiwoden. Im Vordergrund der Gespräche stand die Erörterung der Lage der deutschen Minderheit in Polen.

Ferner besuchte Herr Dr. Bergner die Begegnungsstätte der Stiftung „Oberschlesisches Eichendorff Kultur- und Begegnungszentrum“ in Lubowitz und das „Haus der deutsch - polnischen Zusammenarbeit“ in Gleiwitz.

Im Rahmen seiner anschließenden Kontakte mit der polnischen Regierung in Warschau führte er Gespräche mit Vertretern des Innen-, des Erziehungs- und des Außenministeriums.

Ferner traf er mit Abgeordneten des Minderheiten Ausschusses des polnischen Parlaments zusammen.

In den der Festigung des deutsch - polnischen Verhältnisses dienenden Gesprächen mit Regierung und Parlament ging es in erster Linie um die rechtlichen Rahmenbedingungen der deutschen Minderheit in Polen sowie ihre finanzielle Förderung.

Dr. Bergner zog das folgende, positive Fazit seines Besuches:

„Mit dem vor 3 Jahren vollzogenen EU-Beitritt Polens haben sich die Rahmenbedingungen auch für die deutsche Minderheit in Polen weiter verbessert. Bei meinen Gesprächen mit Vertretern der polnischen Regierung habe ich die Leistungen der Titularnation Polen gegenüber der deutschen Minderheit gewürdigt, die trotz schwieriger Haushaltssituation des Landes zur Stabilisierung der Situation der deutschen Minderheit namhaft beiträgt; ich habe dafür geworben, bei dieser Förderung den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Die Repräsentanten der deutschen Minderheit in Polen haben sich durch ihr verantwortliches, die Belange der gesamten Bevölkerung berücksichtigendes Einbringen auf landesweiter, regionaler und lokaler Ebene große Anerkennung erworben. Dies wurde zuletzt bei den Regionalwahlen im Herbst 2006 vor allem in der Woiwodschaft Oppeln von ihren Wählern wieder einmal honoriert.

Die deutsche Minderheit in Polen nimmt durch diese ebenso aktive wie ausgewogene gesellschaftliche Teilhabe zugleich ihre innerpolnisch wie auch im deutsch - polnischen Verhältnis traditionell verständigungspolitische Funktion wahr.

Überhaupt habe ich bei meinen Gesprächen eindrucksvoll wahrgenommen, dass allen in Polen an der Minderheitenpolitik Beteiligten an der Fortsetzung einer störungsfreien, konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Dienste des friedensstiftenden europäischen Einigungsprozesses gelegen ist.“

Gesetzentwurf über Änderungen von Grundbucheinträgen in Polen verstößt gegen Grundwerte

Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, gegen Eingriff in Eigentumsrechte

Aus der Mitte des polnischen Senats heraus ist ein Gesetzentwurf vorgestellt worden, durch den die Einträge der deutschen Eigentümer aus den Grundbüchern gelöscht werden sollen.

Dies ist der Versuch, begangenes Unrecht durch neues Unrecht zu zementieren. Alle Bundesregierungen haben bis heute die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Enteignung deutschen Vermögens immer als völkerrechtswidrig verurteilt.

Es ist schon erschütternd, wie im 21. Jahrhundert gewählte Vertreter eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, mit grundrechtlich geschützten Positionen von Unionsbürgern umgehen wollen.

Dieser Gesetzentwurf ist eindeutig, ähnlich wie der Entwurf des Reprivatisierungsgesetzes aus den neunziger Jahren, diskriminierend.

Wenn es Europa ernst ist mit Bürger- und Menschenrechten, kann dieser Gesetzestext vor Europa keinen Bestand haben.

Hilfe bei der Zukunftssicherung von Heimatstuben

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa Thema in Arbeitsgruppensitzung



v.l.n.r.: Alexander Reimer, Klaus Brähmig, Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Matthias Weber vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Stephan Mayer

Über Struktur und Aufgaben des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg) sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Direktor der Einrichtung, Prof. Dr. Matthias Weber. Dabei wurde seitens der Abgeordneten deutlich gemacht, dass

man eine deutliche Stärkung der kulturellen Breitenarbeit als Element der Pflege einer lebendigen Kulturarbeit erwarte. Prof. Weber stellte seinerseits ein Programm vor, mit dem das Bundesinstitut Hilfestellung beim Erhalt von Heimatstuben leisten will. Dabei komme der Erhaltung vor Ort die höchste Priorität zu, deutlich vor einer Verlagerung.

Vorwärtsstrategie der Union für Spätaussiedler

Jochen-Konrad Fromme bewertet die IAB-Studie zu der Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern

Das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgearbeitete und beschlossene Positionspapier „Identität und Weltoffenheit sichern – Integration fordern und fördern“ liefert zahlreiche wichtige und gute Impulse für den zu erstellenden Nationalen Integrationsplan und liefert auch für die Integration der zu und gekommenen deutschen Spätaussiedler perspektivreiche Ansätze. Erst vor wenigen Tagen hat eine Studie des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit für Aufsehen gesorgt, die zu dem Ergebnis gekommen ist, dass deutsche Spätaussiedler im Vergleich zu einheimischen Deutschen und auch zu Ausländern überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die IAB-Studie ist methodisch fragwürdig, denn sie berücksichtigt nicht,

- die große Mehrheit der deutschen Spätaussiedler, die in der Zeit von 1991 bis 1999 nach Deutschland gekommen sind, sondern nur die vergleichsweise kleine Gruppe aus den Jahren 2000 bis 2004,
- dass bei einem Teil der zum Vergleich herangezogenen Ausländer der Aufenthaltsstatus an ein Beschäftigungsverhältnis gebunden ist, was beim Zuzug von Deutschen nach Deutschland nicht der Fall ist,
- dass Spätaussiedler nach ihrer Einreise nach Deutschland unumgängliche „Fehlzeiten“ haben, die in notwendigen Anerkennungsverfahren sowie den Besuch von Sprachkursen begründet sind, dass Spätaussiedler bis zum Jahr 2005 aufgrund der Bestimmungen des Wohnortzuzuweisungsgesetzes an einen Wohnort gebunden und

damit in ihrer beruflichen Mobilität eingeschränkt waren.

Die IAB-Studie liefert aber auch einige sehr wichtige Ergebnisse, nämlich dass vor allem Spätaussiedler mit hochwertigen Berufsausbildungen, mit Universitäts- und Fachhochschulabschlüssen, erheblich überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Der Grund ist, dass oft nur wenige Nachweise für eine Anerkennung der Ausbildungs- und Studienleistungen in Deutschland fehlen. Nicht selten sind auch die Standesorganisationen einiger Berufe das Problem und Überlassen die oft gut ausgebildeten Spätaussiedler der Arbeitslosigkeit oder zwingen sie in Beschäftigungsverhältnisse mit geringen Qualifikationsanforderungen.

Die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Nationalen Integrationsplan liefern hier eine klare Vorwärtsstrategie für die deutschen Spätaussiedler, denn

- sie setzen auf Intensivierung der Beratungsarbeit, Sprachförderung und das bewährte Akademikerprogramm der Otto-Bennecke-Stiftung,
- sie fordern ein, Anerkennungsverfahren für Bildungs- und Berufsabschlüsse transparenter zu machen,
- sie fordern den Ausbau der Möglichkeiten, fehlende Qualifikationsbestandteile nachzuholen.

Nachqualifikation ermöglicht, gut ausgebildete Menschen für den Arbeitsmarkt zu aktivieren und ist erheblich effizienter als teure Programme der Umschulung.

Aussagen der IAB-Studie zur Arbeitslosigkeit von Spätaussiedlern methodisch falsch?

Rudolf Friedrich kritisiert die IAB-Studie zur Arbeitslosigkeit unter Spätaussiedlern und fordert Korrekturen

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat in einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit, Frank-J. Weise, sein Befremden über eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zum Ausdruck gebracht.

Das Institut unter dem Dach der Bundesanstalt für Arbeit will herausgefunden haben, dass die Integration in den Arbeitsmarkt den Spätaussiedlern im Vergleich zu Ausländern und Deutschen weniger gut gelingt und sie viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und seltener sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. „Diese Aussagen und die Schlussfolgerung, dass ein gutes Drittel der Spätaussiedler arbeitslos ist, basieren nach meiner festen Überzeugung auf methodischen Fehlern und einem fehlerhaften Zahlenmaterial“, so der Landesbeauftragte.

Friedrich zeigte ebenso Unverständnis für die Aussage, dass Spätaussiedler am Arbeitsmarkt viel weniger erfolgreich seien. „Vielmehr habe ich in vielen Gesprächen festgestellt, dass die Spätaussiedler sich gut in den Arbeitsmarkt integrieren und weniger als andere Gruppe arbeitslos sind“, betonte Rudolf Friedrich. Die monatlichen Statistiken der Regionaldirektion Hessen der Bundesanstalt für Arbeit würden seine Einschätzung bestätigen. Landesbeauftragter Rudolf Friedrich kritisierte weiterhin, dass die Studie ohne Einbindung der offiziellen Vertreter der Betroffenen sofort an die Medien weitergegeben wurde. So sei wieder einmal ein Zerrbild in der Gesellschaft entstanden, das der Integration der Spätaussiedler nicht dienlich war. Friedrich forderte, dass das Institut die Studie überarbeitet und dabei die offiziellen Vertreter der Spätaussiedler mit einbezieht.

Deutsche Minderheit in Rumänien mit wichtiger Brückenfunktion zwischen beiden Ländern

Parl. Staatssekretär Dr. Christoph Bergner besuchte deutsche Minderheit im Banat und in Siebenbürgen

Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, besuchte im Zeitraum vom 17. bis 21. Mai 2007 Rumänien. Dort besichtigte er zunächst aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern für die deutsche Minderheit in Rumänien geförderte Projekte im Banat.

Ferner führte er Gespräche mit den dortigen Vertretern der deutschen Minderheit in Rumänien und traf mit Studenten der deutschsprachigen Fakultät für Bauwesen und Architektur der Polytechnischen Universität Temeswar zusammen.

Durch einen Besuch der Heimattage der Banater Schwaben in Temeswar, verschaffte sich Dr. Bergner einen Eindruck vom reichhaltigen kulturellen Leben der deutschen Minderheit im Banat.

Zum Abschluss führte Dr. Bergner in Hermannstadt Gespräche zur Situation der aus BMI - Mitteln bezuschussten Altenheime in Siebenbürgen.

Dr. Bergner zieht folgende, positive Bilanz seines Aufenthaltes in Rumänien: "Mit meinem ersten offiziellen Besuch in Rumänien nach dem zum Jahresbeginn vollzogenen Beitritt Rumäniens zur EU wollte auch ich noch einmal verdeutlichen, dass Rumänien uns allen in der EU herzlich willkommen ist und nunmehr integraler Bestandteil der auf 27 Mitglieder erweiterten EU ist.

Eine besondere Funktion kommt hierbei der deutschen Minderheit in Rumänien zu. Aufgrund ihrer vielfältigen Kontakte nach Deutschland kann sie in diesem Zusammenhang in besonderem Maße ihre Brückenfunktion zwischen Rumänien und dem übrigen Europa, insbesondere aber nach Deutschland, wahrnehmen.

Der nun vollzogene EU - Beitritt Rumäniens eröffnet die Chance auf eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen auch für die deutsche Minderheit in Rumänien. Die Repräsentanten der deutschen Minderheit in Rumänien genießen durch ihr verantwortliches, die Belange der gesamten Bevölkerung berücksichtigendes Handeln ein hohes Maß an Ansehen. Hierzu tragen auch ihre reichhaltigen kulturellen Aktivitäten bei, von denen ich mir durch meinen Besuch der Heimattage der Banater Schwaben einen nachhaltigen Eindruck verschaffen konnte."



Dr. Christoph Bergner

Akademikerprogramm zur Integration von Spätaussiedlern in den Arbeitsmarkt stärken

Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Otto-Benecke-Stiftung, Dr. Lothar Theodor Lemper



v.l.n.r.: Henning Niederhoff, Anita Schäfer, Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lothar Theodor Lemper, Geschäftsführender Vorsitzender der Otto-Benecke-Stiftung

Über die jahrzehntelange Arbeit der Otto-Benecke-Stiftung (OBS) im Bereich der Integrationspolitik informierte der geschäftsführende Vorsitzende der OBS, Dr. Lothar Theodor Lemper, die Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Mittelpunkt standen dabei die Programme nach Garantiefonds und das Akademikerprogramm der OBS. Vor allem deutsche Spätaussiedler aber auch jüdische Migranten (Kontingentflüchtlinge) profitieren bis heute sehr von den Programmen.

In diesem Zusammenhang wurde auch über den Evaluationsbericht gesprochen, der erst kürzlich dem Akademikerprogramm OBS gute Noten ausgestellt hat. Der Rückgang der Spätaussiedlerzahlen macht neben der Weiterführung der bestehenden Programme auch eine Neuorientierung notwendig. Daher wurden ausführlich auch die Möglichkeiten für die OBS erläutert, künftig im Bereich der nachholenden Integration tätig zu sein. Die Kompetenzen der OBS im Akademikerbereich auch bei der nachholenden Integration von großem Nutzen sein.

Die Opferpension kommt – Union erreicht deutliche Verbesserungen für politische Häftlinge

Arnold Vaatz, Jochen-Konrad Fromme und Andrea Voßhoff erläutern die Ergebnisse der Ausschussbehandlung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion haben sich heute auf weitere Verbesserungen bei der SED-Opferpension geeinigt.

Nunmehr bleiben Renten wegen Alters, verminderter Erwerbsfähigkeit, Arbeitsunfalls oder Berufskrankheit sowie wegen Todes oder vergleichbarer Leistungen wie Versorgungsbezüge aus öffentlichen und berufsständischen Systemen, Betriebsrenten und private Lebens- und Rentenversicherungen bei der Bedürftigkeitsprüfung unberücksichtigt.

Während nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums nach dem bisherigen Entwurf nur 16.000 Bedürftige einen Anspruch hatten, kommen jetzt nach Informationen des Bundesfinanzministeriums ca. 33.000 Berechtigte über 60 Jahre und ca. 9.000 Bedürftige unter 60

Jahre in den Genuss der Regelung.

Endlich werden damit die materiellen Folgen der Unterdrückung durch das SED-Regime sichtbar gelindert und das Schicksal der in der DDR aus politischen Gründen Inhaftierten durch eine regelmäßige Zahlung erleichtert.

Erreicht werden konnte auch, das zunächst auf nur sechs Monate beschränkte Bewilligungsverfahren zu streichen. Die monatliche Zuwendung wird jetzt auf den Erstantrag dauerhaft gewährt. Der Berechtigte ist nur noch verpflichtet Einkommensänderungen der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Einer Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag am 13. Juni 2007 steht somit nichts mehr im Wege.

Studie zur Lebenssituation der deutschen Spätaussiedler angeregt

Rudolf Friedrich zur Spätaussiedlerintegration in Hessen vor dem Bundestreffens der Deutschen aus Russland

„Seit 1979 ist es uns gelungen, rund eine Viertelmillion Spätaussiedler in Hessen zu integrieren. Über zwei Drittel davon kamen aus der ehemaligen Sowjetunion“, erklärte der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich heute auf einer Pressekonferenz. Entsprechend dem bundesweiten Verteilungsschlüssel nehme Hessen jährlich 7,23 Prozent der Spätaussiedler auf. „Damit liegen wir bundesweit an vierter Stelle“, so Friedrich.

Bedauerlicherweise führten Medienberichte über einzelne, straffällig gewordene Deutsche aus Russland im Bewusstsein vieler Bürger zu einer Kriminalisierung der gesamten Volksgruppe. „Diesem Eindruck müssen wir entgegenwirken“, machte Friedrich deutlich. „Die Russlanddeutschen sind besser als ihr Ruf

Einen Beleg dafür sieht der Landesbeauftragte in der wissenschaftlichen Untersuchung „Lagebild Spätaussiedler“ des Landeskriminalamtes Hamburg. Danach liege die Beteiligung von Spätaussiedlern am Kriminalitätsgeschehen unter dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung und weit unter dem Durchschnitt der sonstigen Zuwanderungsgruppen.

Der Landesbeauftragte zeigte sich zuversichtlich, dass dieses Ergebnis auch auf Hessen übertragbar ist. Daher habe er gegenüber dem Hessischen Innenministerium den Vorschlag gemacht, für Hessen ebenfalls eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben. Ende dieses Monats seien erste Gespräche vorgesehen. „Fakten beugen Diskriminierung und Vorurteilen vor. Eine solche Studie wäre für die Akzeptanz der Deutschen aus Russland und für ihre Integration äußerst hilfreich“, untermauert Friedrich seinen Vorschlag.

Auch bei den aktuell rückläufigen Zuzugzahlen bleibe die Integration weiterhin ein politischer Schwerpunkt der Hessischen Landesregierung. Die bereits hier lebenden Spätaussiedler würden über Jahre eine weitere Betreuung notwendig haben, um die Eingliederung sicherzustellen. Zudem sei die Mitarbeit der Spätaussiedler selbst in der Integrationsarbeit sehr wichtig und hilfreich. Insgesamt sei der Zuzug nach Hessen von 2.571 Personen im Jahr 2005 um 78,5 Prozent auf 552 Personen im Jahr 2006 zurückgegangen. Grund hierfür seien die Bestimmungen im Zuwanderungsgesetz, wonach auch Familienangehörigen eines Spätaussiedlers einen Sprachtest absolvieren müssen.

„Mauerschwalbe“ in Zeiten des „Kalten Krieges“ und Einsatz für Versöhnung mit Polen

OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer mit der Kardinal-Bertram-Medaille für sein Engagement geehrt

Der Apostolische Protonotar, Prälat Winfried König (links im Bild), Apostolischer Visitator für Priester und Gläubige des Erzbistums Breslau, hat den langjährigen CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter), Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU/CSU, somit Sprecher der in den Unionsparteien organisierten Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, mit der höchsten Auszeichnung, der Kardinal-Bertram-Medaille, (letzter deutscher Erzbischof von Breslau) geehrt. Die Medaille ist ein „Zeichen der Würdigung und des Dankes für den beispielhaften Einsatz im Dienste der Heimatvertriebenen und ihrer religiösen, kulturellen und sozialen Belange.“ Damit wird die Mitarbeit in der Kirche, die parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag, die Verbandsarbeit im Bund der Vertriebenen, in der Landsmannschaft Schlesien (Landesvorsitzender) und in der CDU (Bundesvorstand /Landesvorstand) für seine Schicksalsgefährten gewürdigt, aber insbesondere auch seine seit Jahrzehnten im Stillen und ohne Pressearbeit geleistete Versöhnungsarbeit zwischen Deutschen und Polen in der schlesischen Heimat. Bei den Bischöfen und deren Gremien in Breslau,



Oppeln und Gleiwitz sei Sauer stets willkommener Gast und Gesprächspartner. Seiner eigenen Tauf-Pfarrei, seine erste Anlaufstelle 1973, aber auch etlichen Pfarreien im Bistum Oppeln, sei er schon zu Zeiten des „Kalten Krieges“ eine „Mauerschwalbe“ gewesen. Insbesondere dem St. Elisabeth-Krankenhaus in Zülz habe er seit 30 Jahren privat und mit Hilfe der Bundesregierung, der Caritas und des Roten Kreuzes bei der Modernisierung und der Anschaffung wertvoller medizinischer Geräte geholfen.

Kulturelle Breitenarbeit ist eine Grundvoraussetzung für eine lebendige Kulturarbeit

Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler sprach mit Museumsleitern über Kulturreferenten



v.l.n.r.: Dr. Johann Barfod (Ostpreußisches Landesmuseum), Wolfgang Freyberg (Kulturzentrum Ostpreußen), Dr. Peter Becher (Adalbert-Stifter-Verein), Christian Glass (Donauschwäbisches Zentralmuseum), Jochen-Konrad Fromme, Dr. Uwe Schröder (Pommersches Landesmuseum), Nicola Remig (Haus Schlesien), Stephan Mayer, Dr. Markus Bauer (Schlesisches Museum), Dr. Lothar Hyss (Westpreußisches Landesmuseum) und Thomas Helm

Am 22. Mai 2007 hat die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Gesprächsreihe zur kulturellen Breitenarbeit fortgesetzt, die im November 2006 mit den nach § 96 BVFG geförderten Kulturreferenten begonnen worden war. Die zweite Gesprächsrunde fand jetzt vor allem mit den Leitern der Museen statt, bei denen die Kulturreferenten angesiedelt sind. Dabei verdeutlichten die Abgeordneten, dass sie seit dem Regierungswechsel wieder ein stärkeres Gewicht auf die kulturelle Breitenarbeit

als einer Grundvoraussetzung für eine lebendige Kulturarbeit gelegt wissen wollen. Dabei sei eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den Organisationen der Heimatvertriebenen entscheidend. Die Museumsleiter erläuterten in dem Gespräch Struktur und Arbeitsschwerpunkte ihrer Einrichtungen und stellten kurz die laufenden Projekte der kulturellen Breitenarbeit vor und sicherten ihre Unterstützung zu. In dem Gespräch wurden auch Probleme der Museen erörtert, darunter die gestiegenen Betriebskosten in den vergangenen Jahren.

Heribert Rech bei Heimattag der Sathmarer Schwaben

„Es ist für mich eine große Freude, bei den Heimattagen der Sathmarer Schwaben dabei sein zu dürfen und zu sehen, wie Sie sich gemeinsam an Ihre alte Heimat erinnern und sich mit alten Freunden treffen. Die Gäste aus Rumänien und Ungarn zeigen, dass Sie Ihre alte Heimat bis heute im Herzen tragen und die Kontakte ins Sathmarer Land und nach Nordsiebenbürgen intensiv pflegen.“ Das sagte der Landesbeauftragte für Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, 19. Mai 2007, beim Bundestreffen der Sathmarer Schwaben in Biberach an der Riß. „Ich bin jedes Mal von Neuem beeindruckt, wenn ich sehe, wie aktiv und tatkräftig die Vertriebenen und Aussiedler für den Erhalt ihrer Gemeinschaften und ihrer Kultur arbeiten“, so Rech. Dies verdiene Respekt und Hochachtung. Die Arbeit der Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben sei geprägt vom Blick in die Zukunft. Dies käme auch im Motto des heutigen Bundestreffens „Gemeinsam Chancen schaffen, gemeinsam Chancen nutzen“ deutlich zum Ausdruck.

Integrationspreis der Hessischen Landesregierung

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, weist auf den Integrationspreis 2007 der Hessischen Landesregierung hin, den das Hessische Sozialministerium ausgeschrieben hat. Der Integrationspreis wird seit 2004 für hervorragende Bemühungen um die Integration von Ausländern und Spätaussiedlern verliehen. Hessen ist ein weltoffenes und fremdenfreundliches Land. Fast ein Viertel der Hessen hat einen Migrationshintergrund. Darunter befinden sich viele Spätaussiedler, insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion. Die hessische Bevölkerung wie auch die Landesregierung zeigten außerordentliches Interesse am friedlichen Zusammenleben aller Gruppen. Das Zusammenwachsen auf der Grundlage unserer Verfassung, unserer Werte und Kultur bedarf jedoch weiterer Anstrengungen. Mit dem Integrationspreis werde den zahlreichen Initiativen ein Forum gegeben und ihre erfolgreiche Integrationsarbeit gewürdigt.



Christa Stewens zu 60 Jahren Adalbert-Stifter Verein

„Seit jeher ist es die Stärke des Adalbert Stifter Vereins, Kulturarbeit mit einer Dynamik zu verbinden, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die historischen Gemeinsamkeiten zum selbstverständlichen Bildungsgut sowohl auf deutscher als auch auf tschechischer Seite werden zu lassen. Er ist Brücke für Angehörige beider Völker geworden. Nichts bindet bekanntlich mehr als der Dialog, der mit Anregung, Charme und Nachdenklichkeit geführt wird.“ Mit diesen Worten gratulierte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens im Rahmen eines Festakts im Sudenteutschen Haus in München dem Adalbert Stifter Verein zu dessen 60-jährigem Bestehen.

Der Adalbert Stifter Verein wurde vor 60 Jahren, am 5. Mai 1947, von vertriebenen Künstlern und Wissenschaftlern aus Prag und den Sudentenländern gegründet. Seither engagiert er sich für die Erforschung der deutsch-böhmischen Kulturgeschichte und für den deutsch-tschechischen Dialog.

Jochen-Konrad Fromme erklärt zur SED-Opferpension

Auf dem Weg zu einer Opferpension für die Opfer der SED-Diktatur, die aus politischen Gründen inhaftiert worden sind, konnte die Union deutsche Verbesserungen bei der Bedürftigkeitsprüfung für Rentenbezieher vereinbaren. Der Kreis der Berechtigten hat sich durch die erzielte Einigung verdreifacht.

CDU und CSU konnten in den Beratungen zu dem Entwurf des 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes (Opferpension) mit dem Koalitionspartner vereinbaren, dass künftig für Empfänger der Opferpension bei Prüfung der sozialen Bedürftigkeit Rentenleistungen unberücksichtigt bleiben. Das bedeutet, es wird künftig in Zusammenhang mit der Berechnung der Rente die Berechtigung zum Erhalt der Opferpension einmalig geprüft.

CDU und CSU treten seit Jahren für die Schaffung einer Opferpension ein. Ziel ist es, der Zivilcourage der Menschen, die gegen die sozialistische Diktatur aufgebeht haben, eine Würdigung zukommen zu lassen. Durch die Änderungen bei der Bedürftigkeitsprüfung wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Haftopfer, die inzwischen bereits im Rentenalter stehen, den schwersten und unmenschlichsten Haftbedingungen in der Sowjetischen Besatzungszone und den ersten Jahren der DDR unterworfen waren, nicht selten verbunden mit Verschleppung nach Sibirien.

Die Einigung ist daher eine gute Nachricht für diejenigen Opfer von politischer Verfolgung und Haft, die bis heute auf eine Anerkennung ihrer historischen Leistung hatten warten müssen.

Auch nach Inkrafttreten des 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes sind noch nicht alle sozialen Fragen im Bereich des SED-Unrechts und im Bereich des Kriegsfolgenrechts befriedigend gelöst.

CDU und CSU treten daher für die Schaffung einer Koalitionsarbeitsgruppe ein, die prüfen soll, wo in den Bereichen von Kriegsfolgenrecht und SED-Unrecht noch offene Fragen im sozialen Bereich bestehen, die einer Lösung zugeführt werden sollten.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration

„Die Beherrschung der deutschen Sprache ist und bleibt der entscheidende Schlüssel zur Integration. Sprache öffnet die Tür zu weiterführenden Schulen, zu einem erfolgreichen Schulabschluss und zum Einstieg in Ausbildung oder Studium. Um Kindern aus Migrantenfamilien gute Integrationsmöglichkeiten zu eröffnen, legt die Staatsregierung besonderen Wert auf eine frühzeitige und anhaltende Sprachförderung. Im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz wurde daher die Sprachförderung im Kindergarten verankert. Eine weitere wichtige Maßnahme sind die Vorkurse Deutsch an der Schwelle vom Kindergarten zur Grundschule. In der Schule selbst schließen sich vielfältige Fördermaßnahmen an, entweder in besonderen Sprachlernklassen oder durch zusätzliche Deutschförderung der Kinder in den Regelklassen“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154